

### Die Kriegsgewinnsteuer.

N. Berlin, 6. Mal. (Priv.-Tel.) Eine offiziöse Korrespondenz polemisiert gegen einen Teil der Kommissionsbeschlüsse zur Kriegsgewinnsteuer, von denen sie eine Gefährdung des ganzen Gesetzes erwartet. Es handelt sich dabei einmal um die Ausdehnung der Kriegsgewinnsteuer auf Einkommensvermehrungen, die zu keinem Vermögenszuwachs geführt haben, und weiter um die Erhebung einer nochmaligen Wehrbeitragsrate. Beide Beschlüsse bedeuteten, so heißt es, einen Eingriff in die einzelstaatlichen Finanzquellen, dem die Bundesregierungen nicht zustimmen könnten. Genau den gleichen Einwand, nur in etwas vorsichtiger Form, hat der Reichsfinanzsekretär bereits in der Kommission gegen die Beschlüsse geltend gemacht. Man erfährt also aus der neuesten offiziellen Auslassung nichts Neues.

Im übrigen wird die Entscheidung über alle diese Fragen voraussichtlich sehr bald fallen; die Steuerkommission hat gestern ihre Verhandlungen für einige Tage unterbrochen, um den Parteien Gelegenheit zu geben, sich über ein Kompromiß in der ganzen Steuerfrage zu verständigen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Parteien diese Verhandlungen nicht ohne Fühlung mit der Regierung abschließen werden; es ist aber auch klar, daß der Regierung die Beibehaltung einer intransigenten Auffassung erschwert ist, sobald ihr ein in der Hauptsache einigter Reichstag oder eine große und feste Mehrheit mit einem fertigen Steuerangebot entgegentritt.